

# Einwohnerrat Pratteln

## Votenprotokoll Nr. 477

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 17. Dezember 2018, 19.00 Uhr  
in der alten Dorfturnhalle**

---

Anwesend	35/36/35 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Sylvie Anderrüti (anwesend ab 19.15 Uhr), Walter Keller, Andreas Moldovanyi, Rebecca Moldovanyi (abwesend ab 19.25 Uhr), Petra Ramseier, Erich Schwob Gemeinderat: -	
Vorsitz	Hasan Kanber	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

---

## Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode:  
Josef Bachmann, SVP, anstelle von Selina Schwob 3147
2. Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019 – 2023 3127  
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum AFP 2019 – 2023
3. Aufhebung der Reglemente über den Asyl-, Parkplatz- und Jörinparkfonds 3130
4. Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend 3128  
„Kreuzung Gehrenacker-Mühleweg“
5. Postulat der BDP Pratteln, Marc Oliver Bürgi, betreffend „Aussichtsplatt- 3129  
form Emanuel Büchel“
6. Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Konzept für ein ziel- 3132  
führendes Langsamverkehrswegnetz nach Pratteln Nord“
7. Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend 3133  
„Pick-e-Bike“
8. Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Überdachte Fahrrad- 3134  
parkplätze auf dem Friedhof Blözen“
9. Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend 3135  
"Auswirkungen der Steuervorlage 17 (SV17) / Unternehmenssteuerreform  
4 (USR4) für die Gemeinde Pratteln"
10. Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend 3136  
„Velosicherheit Pratteln Nord“

- |   |      |
|---|------|
| 11. Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Geschäftsbericht 2017   | 3141 |
| 12. <del>Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, betreffend „Einflussnahme der Gemeinde auf die Entwicklung des Unterrichts und die Planung des Neubaus der Sekundarschule Pratteln“</del> | 3140 |
| 13. Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Abfallsünder“   | 3146 |
| 14. Fragestunde (nach der Pause)  |      |

### Begrüssung

**Hasan Kanber:** Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter und liebe Gäste und geschätztes Publikum. Ich begrüsse sie zur 477. Sitzung des Einwohnerrates. Heute wird die Einwohnerratssitzung vom Gitarrenensemble "Gitarrondo" unter der Leitung von Philipp Schmitt musikalisch begleitet. Ensemble-Mitglieder sind: Michelle Degen, Dominik Blättler, Emma Lerch, Serayna Koch und Dario Machado Framil. Die Lieder sind: "Stille Nacht, heilige Nacht" und "Isländischer Kanon".

Nach Beendigung ihrer Musikvorführung geht an die Spielenden ein grosser Applaus; sie werden mit einem kleinen Präsent verabschiedet.

### Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

### Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Diese Woche wurde wiederum eine **Berichtigung betreffend Schimpftirade im Prattler Einwohnerrat** auf Veranlassung von Gemeindepräsident Stephan Burgunder gemacht. Auf der online-Version kommt man mit einem Link auf den ursprünglichen, falschen und eigentlich bereits berichtigten Artikel vom 20. Dezember 2017, der leider bis heute nicht korrigiert wurde. Der bz-Redakteur wird nochmals darum gebeten, dem nachzugehen und den falschen Artikel auch online zu korrigieren.

Betreffend **Resolution Schnellzughalt in Pratteln (Geschäft Nr. 3131)** wurde eine Delegation eingeladen, am 20. Dezember 2018 an der Sitzung der Bau- und Planungskommission des Landrates angehört zu werden. Teilnehmer sind aus ER/GR und Verwaltung: Stephan Bregy, GR Rolf Wehrli, GV Beat Thommen, AL BVU Marcel Leutwyler und Hasan Kanber, Präsident des ER.

Da der **Vizepräsident des Wahlbüros 5**, Siegfried Siegrist per Ende 2018 zurückgetreten ist, wird per 22. Januar 2019 Annick Matt, FDP, das Vizepräsidium übernehmen, vorbehältlich dass keine weiteren Vorschläge für das Vizepräsidium eintreffen.

---

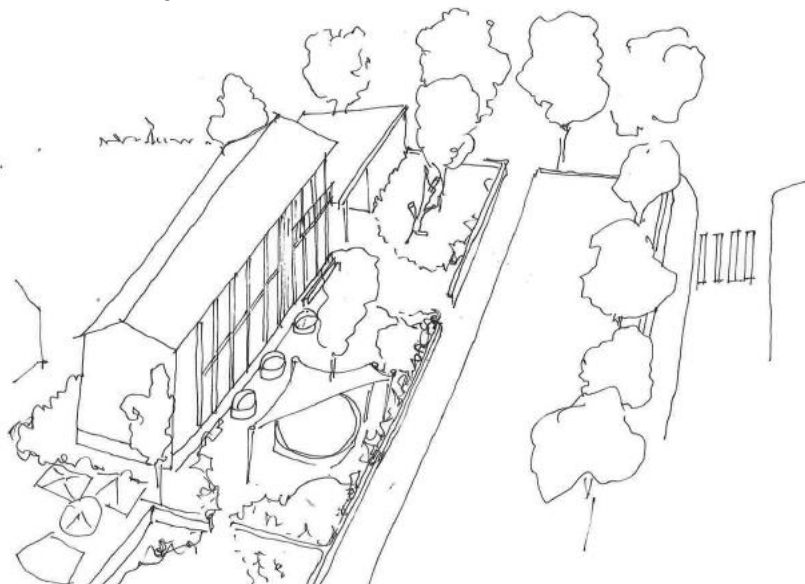
Es sind jetzt 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

---

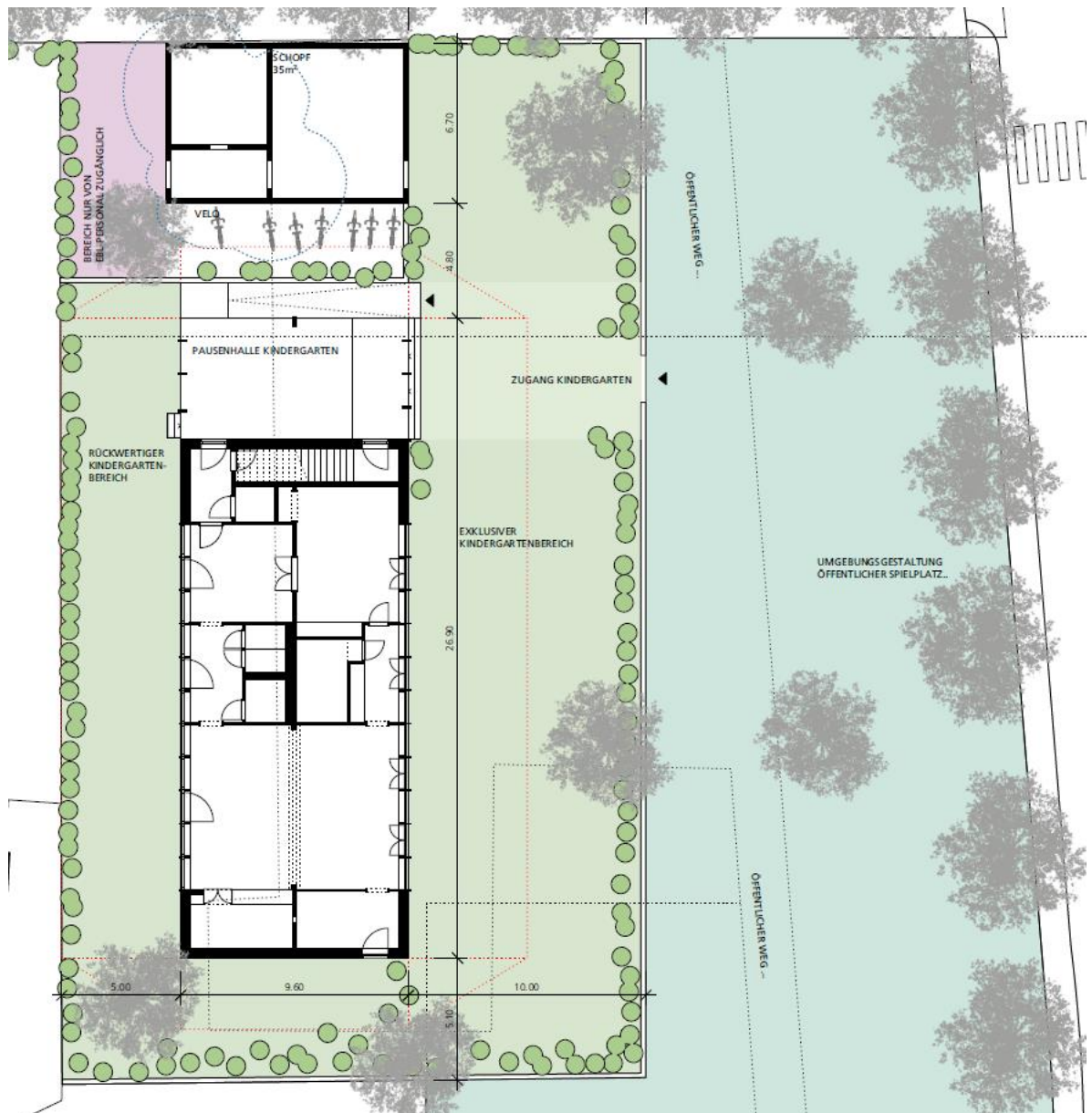
**Mitteilungen des Gemeindepräsidenten** (gezeigt werden Folien)

**GP Stephan Burgunder:** Mit der Einwohnerrats-Sondervorlage, Geschäft Nr. 3096 vom 15. März 2018 wurden der Baukredit sowie der Standort für den Doppelkindergarten Grossmatt am 23. April 2018 genehmigt. In der Vorlage ist darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Bezirksstation (Transformatoren) von der EBL neu platziert werden muss. Nachdem der Gemeinderat die Platzierung des Kindergartens an der Gemeinderatssitzung vom 21. August definitiv festgelegt hatte, wurden Abklärungen getroffen, welche Auswirkungen die bestehende Bezirksstation bezüglich nichtionisierender Strahlung auf den Kindergarten hat. Dafür wurden verschiedene Modellberechnungen erstellt. In Absprache mit der EBL kann auf die Verlegung der Bezirksstation verzichtet werden, weil im Gebäudeinnern Vorkehrungen zur Abschirmungen der nichtionisierenden Strahlung getroffen werden. Die EBL ist ebenfalls bereit, den Anbau von einem Geräteraum für den Kindergarten sowie einen Velounterstand für die Lehrpersonen zu dulden. Mit diesen Bauten kann die Bezirksstation vom öffentlichen Raum abgegrenzt werden. Die Kosten für das Versetzen und den Neubau der Bezirksstation hat die EBL mit CHF 800'000 berechnet, wobei sich die Gemeinde mit CHF 357'000 hätte beteiligen müssen. Diese Kosten fallen mit dem Verzicht auf die Verlegung grösstenteils weg; lediglich an den Kosten Dritter für Planung, NIS-Berechnungen und Bewilligungsverfahren muss sich die Gemeinde beteiligen. Darauf hat sich der Gemeinderat in zwei weiteren Sitzungen nochmals intensiv über den Standort des Kindergartens beraten. Eingeflossen sind dabei sowohl Meinungen von Planern, Fachexperten wie auch diejenigen von den zukünftigen Nutzerinnen. Die finale Variante ist wie folgt: Das Gebäude wurde bis auf einen Grenzabstand von 5 Meter auf die Westseite verschoben. Im südlichen Teil ist die Durchgängigkeit des rückwärtigen Kindergartenbereiches gewährleistet. Die Ausrichtung der Hauptfensterfront nach Westen oder Osten wurde ebenfalls intensiv diskutiert und schlussendlich hat sich der Gemeinderat für die Ausrichtung nach Osten entschieden: Aus architektonischer Sicht gliedert sich die Hauptfensterfront so besser in die Umgebung Schloss ein und wird durch die Planer ebenfalls favorisiert. Im umgekehrten Falle hätte der Kindergarten dem Schloss den Rücken zugekehrt. Die Ausrichtung nach Osten hat voraussichtlich zur Folge, dass an der Hauptfensterfront ein Sichtschutz auf Brüstungshöhe angebracht werden muss. Dieser Beschluss ist nicht zuletzt durch die Rücksichtnahme auf den bestehenden Baumbestand und dem Ziel der Erhöhung der Spiel- und Freiraumqualität zustande gekommen. Bezüglich Aussenraumgestaltung gibt es noch keine Beschlüsse, diese Diskussionen müssen noch geführt werden. Vielleicht ist der Weg dann auch nicht mehr schräg, sondern gerade, wie hier in der Skizze angedeutet. Die gesamte Aussenraumgestaltung wird später noch im Detail im Gemeinderat diskutiert werden.

HANSPETER MÜLLER & ROLAND NAEGELIN, ARCHITEKTEN BSA  
ATELIERGEMEINSCHAFT, ST. ALBAN-TAL 40A 4052 B ASEL  
AXONOMETRIE SKIZZE PARZELLE NR. 287  
DAT. 29.11.2018 / GEZ. MB



VORPROJEKT - SITUATION + GARTENGERÄTERAUM, VELOUNTERSTAND  
DAT. 06.12.2018 / GEZ. MB



**Neue parlamentarische Vorstöße**

- Motion der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Vogelschutz am Bau“ vom 7. Dezember 2018
- Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung „ARCO VERDE“ vom 11. Dezember 2018.

**Bereinigung Geschäftsverzeichnis**

Traktandum 12, Geschäft 3140, wird aufgrund der Abwesenheit des Interpellanten abtraktandiert. Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

## Beschlüsse

### **Geschäft Nr. 3147**

**Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Josef Bachmann, SVP, anstelle von Selina Schwob**

#### Aktenhinweis

- Steckbrief vom 27. November 2018

#### Wahl

Weitere Vorschläge liegen nicht vor und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

://: Josef Bachmann, SVP

---

### **Geschäft Nr. 3127**

**Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019 – 2023 - Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum AFP 2019 – 2023**

#### Aktenhinweis

- Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019 – 2023
- Bericht der RPK vom 23. November 2018
- Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2023 - Korrigenda per 17. Dezember 2018

Auf dem Referentenplatz befinden sich Claude Weisskopf, Präsident der RPK und Philippe Doppler, Abteilungsleiter Finanzen, für Neuberechnungen und Auskünfte. Das Büro hat gemäss Antrag der RPK den Beschluss gefasst, dass über Punkt 4.6 nicht abgestimmt werden kann, da gemäss § 11 Abs. 4 Parkierungsreglement folgendes gilt:

*Die Gebühr für Anwohnerparkingkarten beträgt zwischen CHF 40.00 und CHF 80.00 pro Monat. Der Gemeinderat legt die Höhe in einer Verordnung fest. Die Kompetenz liegt also beim Gemeinderat und nicht beim Einwohnerrat. Dies ist im AFP-Entwurf falsch und deshalb hat das Büro entschieden, den Antrag 6 des Gemeinderates im AFP resp. den Antrag der RPK Pkt. 4.6 zu streichen. Hierzu liegt auch eine Tischvorlage vor.*

**GR Christine Gogel:** Bereits zum dritten Mal befinden wir nun über ein Globalbudget. Ich kann feststellen, dass sich die Umstellung vom Detail- auf ein Globalbudget bewährt hat und wir mittlerweile gut mit dem neuen Instrument umgehen können. Trotzdem ist es ein langer Prozess, bis der Aufgaben- und Finanzplan zum Beschluss vorliegt, denn trotz Globalbudget müssen natürlich die einzelnen Konti, von denen es mittlerweile mehr als 1'400 gibt, im Detail einzeln erfasst werden. Mein Dank geht deshalb an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Verwaltung, die am Erstellen des Budgets beteiligt waren. Einen speziellen Dank möchte ich meinem Abteilungsleiter Philippe Doppler aussprechen. Er hat sich sehr rasch in die Materie eingearbeitet und steht für die Beantwortung von allfälligen Detailfragen bei der anschliessenden Beratung gerne zur Verfügung. Als spezieller Service wurde auch dieses Jahr wieder eine Übersicht erstellt, die diejenigen Aufgabenfelder enthält, in denen es Änderungen gab. Diese sind gelb markiert. Es

handelt sich um eine Lesehilfe, damit der Einwohnerrat den Vergleich nicht mühsam selber vornehmen muss. Der Aufwand, diese Liste zu erstellen, ist erheblich und dafür danke ich der Abteilung Finanzen besonders. Die RPK hat in ihrem Bericht die wesentlichen Aspekte des Budgets 2019 aufgelistet und deshalb verzichte ich auf eine Wiederholung und beschränke ich mich auf ein paar Ergänzungen und Bemerkungen aus meiner Sicht. Welches waren die hauptsächlichen Faktoren, die uns auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Budget das Leben schwer gemacht haben? Grundsätzlich ist festzuhalten, dass gut 80% unserer Ausgaben fremdbestimmt sind. Nach wie vor hohe Sozialhilfekosten, die neue Leistungsvereinbarung mit der Spitex, weiter steigende Beiträge an die Pflegeheimkosten und zusätzliche Schulklassen schränken unseren Spielraum erheblich ein und zwingen uns, mit den restlichen zur Verfügung stehenden Ressourcen äusserst sparsam umzugehen. Das ist uns nicht schlecht gelungen, obwohl am Schluss ein kleiner Ausgabenüberschuss resultiert. Dieser wird leider noch etwas grösser, nämlich um rund CHF 240'000. Der Grund dafür ist der Landratsbeschluss vom letzten Donnerstag, dem Staatspersonal einen Lohn- und Teuerungsausgleich von total 1.4% zu gewähren. Dieser Beschluss betrifft, obwohl von der Gemeinde angestellt, auch das Lehrpersonal der Primarschulen und konnte natürlich bei unserer Budgetierung nicht eingerechnet werden, da es weder bekannt noch beschlossen zum Zeitpunkt der Budgeterstellung im September. Dies war in der Vergangenheit so und wird auch in Zukunft so bleiben, dass wir im Nachhinein noch einen Beschluss des Landrates im Budget korrigieren müssen (ausser der Kanton übernimmt die Primarschulen auch noch). Was wir jedoch beschlossen und auch im Globalbudget abgebildet haben, ist ein Teuerungsausgleich von 1% für unser Verwaltungspersonal, dies im Einklang mit einem Antrag der Personalkommission. Nach vielen Jahren ohne Teuerung ist der Landesindex jetzt wieder gestiegen und zwar um 0.9%. Das Begehren ist somit gerechtfertigt. Nach wie vor sehr gut aufgestellt sind unsere Spezialfinanzierungen. Die Verluste bei Abwasser und Abfall nehmen wir bewusst in Kauf. Das ist Teil unserer Strategie. Hier wollen wir noch weiter Eigenkapital abbauen und dies in Form von Rabatten oder wie bei Abfall mit tiefen Gebühren an die Bevölkerung weitergeben. Den Steuerfuss will der Gemeinderat bei 58,5% belassen und zusammen mit den Gebührenrabatten bei der GGA und bei den Wasserbezugsgebühren ergibt das ein attraktives Gesamtpaket. Wie auch die RPK im Bericht festhält, ist das Budget realistisch abgefasst. In den letzten Jahren war der Rechnungsabschluss jeweils zum Glück etwas besser ausgefallen als erwartet. Aber darauf können und dürfen wir uns nicht verlassen. Angesichts der stetig wachsenden Anforderungen und den grossen anstehenden Investitionen dürfen wir unser Eigenkapital nicht immer mit strukturellen Defiziten belasten. Im Gegenteil – und das ist mein grosser Wunsch – wäre es schön, auch einmal einen Ertragsüberschuss auszuweisen, um das Eigenkapital zu äufnen. In diesem Sinn bitte ich Euch, auf den Aufgaben- und Finanzplan 2019 – 2023 einzutreten und die Beschlussanträge des Gemeinderates zu genehmigen.

---

Es sind jetzt 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

---

**Claude Weisskopf (Präsident RPK):** Auch wir haben den Bericht angeschaut und sind im Wesentlichen damit einverstanden. Einige Kleinigkeiten: Es gibt verschiedene, von uns nicht beeinflussbare Budgetposten; da können wir nichts machen. Es sind Investitionen von insgesamt CHF 20 Mio. vorgesehen und die Ausgaben für die Musikschule und das Alter steigen jedes Jahr. Weiter haben wir nun den Teuerungsausgleich für die Lehrer im Budget, was einen hohen Betrag ausmacht. Weiteres muss ich nicht erwähnen, weil das Meiste bereits von GR Christine Gogel gesagt wurde.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung. Eintreten.

**Christian Schäublin:** Die SVP-Fraktion dankt allen am Budget beteiligten Personen, besonders der Abteilung Finanzen und der RPK für die umfangreiche und kritische Prüfung und Berichterstattung. Wir teilen die Feststellungen der RPK und werden allen Anträgen der RPK zustimmen. Wir anerkennen die Bemühungen des Gemeinderates und der Verwaltung, die Aufgaben und die finanziellen Mittel laufend zu überprüfen. Im Grossen und Ganzen ist der AFP gut strukturiert. Eine Anregung: Die Kennzahlen könnte man noch um das AFP-Jahr erweitern und quasi als Zielwert definieren. Die jetzigen Kennzahlen beschreiben die vergangenen Jahre und haben für die Zukunft wenig Aussagekraft. Die Kennzahlen sollen also auch in die Zukunft geplant werden. Der Finanzplan scheint die finanzielle Entwicklung realistisch und auch vorsichtig aufzuzeigen. Die Spezialfinanzierungen sind stabil aufgestellt. Hervorzuheben ist erneut, dass uns sehr hohe Investitionen von gesamthaft CHF 125 Mio. vorbestehen und entsprechend liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei sehr tiefen zwei Prozent, was laut Definition als „schlecht“ taxiert wird. Dies stellt eine Herausforderung für die künftigen Jahre dar und der Selbstfinanzierungsgrad wird sich in den nächsten Jahren nicht wesentlich verbessern. Dies bedeutet eine Neuverschuldung, um die Investitionen zu finanzieren. Dies ist für uns alle der Grund, dass wir uns auch in Zukunft für gesunde Gemeindefinanzen einsetzen und umsichtig mit den finanziellen Mittel umgehen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung. Wie im Bericht der RPK erwähnt, wären wir dafür, die Gebühr für die Anwohnerparkkarte zu senken, was nun hinfällig ist. Trotzdem regen wir den Gemeinderat an, dies zu überprüfen, weil wir im Vergleich mit anderen Gemeinden doch eine relativ hohe Gebühr haben.

**Mauro Pavan:** Im Namen der SP-Fraktion danke ich allen, die an der Erstedung des AFP mitgewirkt haben, insbesondere GR Christine Gogel und Philippe Doppler und auch der RPK für ihre umfangreichen Überlegungen und die Stellungnahme. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung und wird den vorliegenden Anträgen der RPK, des Gemeinderates und auch der Entwicklungskommission mehrheitlich zustimmen. Eine Frage zum Bericht der RPK Punkt 3.3 „Kostenentwicklung AF 09“. Die Begründung ist mir nicht klar, wieso ein späterer Altersheimenritt zu Mehrkosten führen soll. Eigentlich müsste dies doch eine Kostensenkung zur Folg haben, weil die Leute länger zu Hause bleiben.

**Andreas Seiler:** Auch in Namen der FDP-Fraktion danke ich allen, die an der Erarbeitung des Budgets beteiligt waren, dem Gemeinderat, der Verwaltung und der RPK, die es dann prüft. Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung. Wir sind grundsätzlich mit dem Budget einverstanden, auch wenn wir lieber eine schwarze Null gehabt hätten, können aber mit dem Minus leben. Wie das Büro schon gesagt hat, ist es nicht möglich, hier über den Betrag der Anwohnerparkkarte abzustimmen. Wir sind gerne bereit in entsprechendem Rahmen über dieses Thema zu reden. Der heutige Preis ist schon am unteren Ende dessen, was das Reglement zulässt und vielleicht braucht es eine Reglementsänderung. Im Investitionsprogramm ist eine enorme Menge aufgeführt, die fast CHF 200 Mio. ergibt, auch wenn viele Projekte weit nach hinten geschoben sind. Es erscheint uns unrealistisch, dies zu stemmen. Das Notwendige muss vom Wünschbaren unterschieden werden und auch dort aufs Geld geschaut werden, damit wir nicht in ein Minus laufen. Das wird auch aus dem Finanzplan erkenntlich – die dort ersichtlichen Minus‘ stammen hauptsächlich von den Abschreibungen der grossen Investitionen.

**Benedikt Schmidt:** Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den neuen AFP und wir danken auch der RPK für den neuen Bericht. Auch wir sind grundsätzlich mit dem uns Vorgelegten einverstanden und auch für Eintreten und Direktberatung. Uns ist auch aufgefallen, wie es Andreas Seiler soeben gesagt hat, dass das Investitionsprogramm rund CHF 200 Mio. enthält, was uns sehr viel erscheint. Der Gemeinderat hat Prioritäten gesetzt und das Investitionsprogramm enthält auch Sachen, die in den nächsten Jahren nicht wirklich vorgesehen sind.

Es wäre trotzdem gut, gewisse Projekte ganz zu streichen. Der AFP kann weiterhin verbessert werden. Eines ist die Lesehilfe, die GR Christine Gogel erwähnt hat. Wir sind dankbar für diese Lesehilfe, die das Lesen wirklich einfacher macht. Ich finde es als sinnvoll, diese Änderungen auch zu begründen. Gewisse Sachen sind einfach nachzuvollziehen: Wenn etwas erledigt ist, wird es gestrichen, manchmal wird etwas anders formuliert – Beispiel Mitarbeitergespräch – und Anderes ist neu. Da wären wir froh, wir wüssten, warum es neu ist, warum eine Jahreszahl zur Erledigung geändert hat. Wichtig ist, dass die Kennzahlen im AFP verbessert werden. Es gibt gewisse Aufgabenfelder, in denen es relativ einfach ist und andere, in denen es relativ schwer ist. Die Kennzahlen sind sehr wichtig, weil sie beschreiben, wie weit wir die Sachen, die unter „Ziele“ und „Plan“ beschrieben sind, auch erreichen. Wenn wir irgendwann die Zielerreichung abschätzen oder messen wollen, müssen wir diese Kennzahlen haben, damit wir wissen, ob das Geld auch richtig eingesetzt wird. Daher bitte die Kennzahlen im nächsten AFP verbessern. Ein Beispiel: AF 3 „Polizei“. Unter „Plan“ ist die Litteringkontrolle aufgeführt, die vorgenommen werden soll und unter „Kennzahlen“ steht die Anzahl Bussenverfügungen wegen Littering. Hier lässt sich direkt zwischen „Plan“ und „Kennzahlen“ vergleichen. Es gibt verschiedene andere Aufgabenfelder, zu denen die Kennzahlen wahrscheinlich relativ einfach zu beschaffen wären, und es wäre schön, wären sie im AFP enthalten. „Ziel“ und „Plan“ müssten so definiert werden, dass sie sich beschreiben lassen, damit man erkennt, ob man in der Zielerreichung vorwärts gekommen ist. Neu ist die „Kinderfreundliche Gemeinde“, ein UNICEF-Projekt. Auch dazu müssten Zahlen geliefert werden, um zu sehen, ob man vorwärts kommt, wie man das Ziel, noch besser zu werden, erreichen will. Wir sind für Eintreten und Direktberatung.

*Eintreten ist unbestritten und es folgt die Direktberatung.*

**Claude Weisskopf:** Zur Frage von Mauro Pavan (AF 9 Ergänzungsleistungen, Spitexkosten): Der grosse Sprung ist bei „weitere Aufwände“ zu finden, d.h. sind nun dort enthalten. Die älteren Leute bleiben länger zu Hause und so entstehen vermehrt Ergänzungsleistungen und Pflegekosten.

**Mauro Pavan:** Es leuchtet mir trotzdem noch nicht ein. Sind die Kosten eines Altersheimenrittes in einem anderen Aufgabenfeld oder tatsächlich tiefer als Spitexbetreuung zu Hause? Ich verstehe diese Begründung nicht.

**Claude Weisskopf:** Es handelt sich um Kosten der Ergänzungsleistungen.

**Kurt Lanz:** Uns ist klar, dass die Kosten für die Ergänzungsleistungen eine Ursache sind, dass es teurer wird. Dies hat nichts mit Spitex oder Länger-zu-Hause-bleiben zu tun. Die Ergänzungsleistungen erhält man ja auch, wenn man ins Altersheim eintritt, evtl. sogar mehr, weil ja die Kosten des Altersheimes höher sind. Deshalb verstehen wir nicht, ob diese Kosten in einem anderen AF enthalten sind; wir können den Worten nicht folgen, dass Spitex für die höheren Kosten verantwortlich sein soll.

**Philippe Doppler:** Die Kosten, die bei den Altersheimen und der Spitex anfallen, sind unter AF 09 „Gesundheit und Alter“ enthalten und verändern das AF nicht. Ein grosser Teil der nun zu finanzierenden Ergänzungsleistungen entsteht, weil immer mehr Personen auf die Pflege der Spitex angewiesen sind, was entsprechend mehr kostet. Es ist Beides im AF 09 enthalten.

**GR Emanuel Trueb:** Alle Kosten, die Alter und Gesundheit betreffen, sind im AF 09 enthalten und natürlich auch die Spitex. Bedingt durch die demografische Entwicklung haben wir sehr viel mehr Personen, die die Spitex in Anspruch nehmen. In der Zwischenzeit ist es nicht nur die gemeindeeigene Spitex, sondern auch zahlreiche weitere Anbieter des Marktes. Sobald von den Ärzten verschrieben, kann diese Hilfe in Anspruch genommen werden und es entstehen diese Kosten. Die betroffenen Personen können zwar



länger zu Hause bleiben, treten aber, wenn sie in ein Alters- und Pflegeheim kommen, sofort in eine höhere Pflegestufe ein, die teurer ist. Auch das benötigte Material ist teurer, sodass es in der Summe so aussieht. Dies wird uns in den nächsten Jahren noch begleiten. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass unsere Gesellschaft immer älter wird und dadurch auch pflegebedürftiger.

**Paul Dalcher:** Auch die FDP-Fraktion hat das sehr gute Arbeitsinstrument AFP angeschaut. Eine Bemerkung AF 14 Seite 46: Es geht um den Perimeter „Neugestaltung Burggarten und Schlossumgebung“. Wir sind der Meinung, man müsse hier auch das Areal Grossmatt in den Perimeter mit einbeziehen. Eine persönliche Bemerkung: Als ich dies bzw. die Ausführungen in AFP genau angeschaut habe, konnte ich feststellen, dass die Ausführungen sehr aufschlussreich, transparent und sehr gut sind. Man bemerkt, dass der Gemeinderat den Sparwillen ernst nimmt und immer nach Lösungen und Möglichkeiten sucht, mit unseren Finanzen sparsam umzugehen. Hingegen vermisse ich Aussagen zum Umgang mit einem weiteren kostbaren Gut; es geht um den haushälterischen Umgang mit Grund und Boden beim Bau von öffentlichen Bauten und Anlagen. Feuerwehrmagazin, Hexmattpavillon und aktuell vier Doppelkindergärten sind alle ohne jede Unterkellerung. Es käme keinem privaten Investor oder Bauherrn in den Sinn, auf eine Unterkellerung im Sinne einer Raumreserve zu verzichten. Gerade die öffentliche Hand und ausdrücklich die Gemeinde soll in Bezug auf sparsamen Umgang mit Land in keinem Fall zurückstehen. Früher oder später gibt es immer wieder einen Bedarf an Lagerräumen udgl. Ein Beispiel: Vor einigen Tagen konnten wir in den Medien die Publikation einer Leichtbau-Lagerhalle auf dem Vorplatz des Feuerwehrmagazines lesen. In anderen Worten: Schon jetzt besteht Raumnot im neuen und nicht ganz billigen Feuerwehrmagazin. Hätte man damals ein Untergeschoss realisiert, müsste man nicht schon heute eine neue Lagerhalle auf Terrainhöhe mit sicher teurem Geld bauen. Wo bleibt da die Weitsicht des Gemeinderates? Ich habe da ein Unbehagen.

**GP Stephan Burgunder:** Zum Votum von Paul Dalcher: Handelt es sich um einen Antrag oder eine Bemerkung? (Paul Dalcher verneint die Frage vom Sitz aus.) Zur Unterkellerung: Wir müssen uns dringend „hinter die Ohren schreiben“, das Land so gut als möglich zu nutzen. Ich sehe es auch jetzt gerade beim Gemeindezentrum. Es ist immer eine Kostenfrage, wie weit in den Boden man gehen will und wir müssen immer abwägen, was sinnvoll ist oder eben nicht. Weil ich bei diesen Projekten wie Feuerwehrmagazin usw. nicht dabei war, kann ich es nicht beurteilen.

*Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die Lesung.*

### **Lesung Aufgaben- und Finanzplan 2019 – 2023**

Gelesen werden die Aufgabenfelder, der Saldo aus der Erfolgsrechnung und die Nettoausgaben Investitionen mit Beginn auf Seite 20.

**Aufgabenfeld 01**    **Politische Behörden**  
**Aufgabenfeld 02**    **Allgemeine Verwaltung**  
**Aufgabenfeld 03**    **Polizei**

Keine Wortmeldungen

**Aufgabenfeld 04**    **Feuerwehr und Bevölkerungsschutz**

**GR Urs Hess:** Auf Seite 27 befindet sich ein Sternchen am falschen Ort, das nicht bei den Stellenprozenten, sondern beim Personalaufwand sein sollte.

<b>Aufgabenfeld 05</b>	<b>Schulen</b>	
<b>Aufgabenfeld 06</b>	<b>Familienergänzende Angebote</b>	Keine Wortmeldungen
<b>Aufgabenfeld 07</b>	<b>Kultur, Sport und Freizeit</b>	

**Benedikt Schmidt:** Zu diesem Aufgabenfeld habe ich, wie alle Jahre, eine Frage. Gemäss Lesehilfe will der Gemeinderat streichen: „Der Ersatz für ein Piratenschiff wird angeboten“. Warum soll dies gestrichen werden, wenn es doch im Investitionsprogramm enthalten und für das Jahr 2019 sogar vorgesehen ist? Man kann es gerne streichen, wenn es realisiert ist, aber nicht vorher.

**GR Roger Schneider:** Für das Spielschiff gab es einen provisorischen Ersatz und dieser Spielplatz wird später an einen Kindergartenstandort verlegt, wo genau, wissen wir noch nicht. Im Zusammenhang mit der Freiraumplanung zwischen Grossmatt und Schloss bzw. Jugiwiese wird anschliessend die Freifläche bzw. der Spielplatz geplant. Ein Spielschiff, wie es gab, wird es so nicht mehr geben, aber dafür geht die Freiraumplanung etwas weiter im Zusammenhang mit dem neuen Kindergartenbau und der Freiraumplanung zwischen Grossmatt und Jugiwiese.

**Benedikt Schmidt:** Danke für Auskunft. Ich hoffe, das Piratenschiff geht nicht ganz verloren bei der Salami-taktik des Gemeinderates, weil letztes Jahr die Jahreszahl für den Ersatz herausgestrichen wurde, nun soll es ganz gestrichen und auf irgendeine Planung verschoben werden die irgendwann kommen soll. Ich hoffe, dass nicht nur geplant, sondern auch realisiert wird. Dann ist es auch falsch, dass es im Investitionsplan für 2019 enthalten ist.

**GP Stephan Burgunder:** Wenn du, Benedikt, den Antrag stellst, das Piratenschiff wieder aufzunehmen, würde ich ihn unterstützen. Im Investitionsprogramm haben wir noch CHF 130'000 auf Seite 81 vorgesehen. Wir haben die Absicht, dort nach wie vor einen Spielplatz zu machen und der Gemeinderat hat als 1. Priorität auf Seite 81 das Spielschiff erwähnt. Warum der Betrag von CHF 180'000 auf CHF 130'000 geändert hat, werde ich noch abklären. Wie gesagt, ich würde den Antrag unterstützen.

**GR Stefan Löw:** Das jetzt aufgebaute Spielgerät lässt sich weiterverwenden; es wird also später nicht entsorgt und erhält einen neuen Standort. Wir müssen auch im Erli Anpassungen vornehmen und auch dort sind Konzepte in Erarbeitung. Möglich ist, dass dieses Spielgerät dort platziert und mit anderen Geräten ergänzt wird. Es handelt sich um einen rollenden Prozess, dies zu optimieren.

**Benedikt Schmidt** stellt den Antrag im Abschnitt „Plan“ die Aufzählung durch „- Ein Ersatz für das Piratenschiff wird angeboten“ zu ergänzen und bittet, dem Antrag zuzustimmen.  
*Antrag Benedikt Schmidt*

*Es gibt keine Wortmeldungen zum Antrag von Benedikt Schmidt und es folgt die Abstimmung.*

Auf Antrag der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, beschliesst der Rat einstimmig bei 4 Enthaltungen:

://: Im AFP AF 07 ist im Abschnitt Plan die Aufzählung durch „- Ein Ersatz für das Piratenschiff wird angeboten“ zu ergänzen.

Fortsetzung der Lesung

**Aufgabenfeld 08 GGA**

**GR Urs Hess:** Auf Seite 34 steht „Pratteln ist Eigentümerin der Kopfstation“, was seit 14 Tagen nicht mehr der Fall ist, weil die letzte Gemeindeversammlung zugestimmt hat, die Genossenschaft zu gründen; sie ist bereits geründet.

<b>Aufgabenfeld 09</b>	<b>Gesundheit und Alter</b>
<b>Aufgabenfeld 10</b>	<b>Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration</b>
<b>Aufgabenfeld 11</b>	<b>Soziale Unterstützung</b>
<b>Aufgabenfeld 12</b>	<b>Asylwesen</b>
<b>Aufgabenfeld 13</b>	<b>Kindes- und Erwachsenenschutz</b>
<b>Aufgabenfeld 14</b>	<b>Verkehr und öffentliche Anlagen</b>
<b>Aufgabenfeld 15</b>	<b>Wasserversorgung</b>
<b>Aufgabenfeld 16</b>	<b>Abwasserbeseitigung</b>
<b>Aufgabenfeld 17</b>	<b>Abfallbewirtschaftung</b>
<b>Aufgabenfeld 18</b>	<b>Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie</b>

Keine Wortmeldungen

**Aufgabenfeld 19 Räumliche Entwicklung und Baugesuche**

**Benedikt Schmidt:** An der letzten Einwohnerratssitzung haben wir über einen Bericht der Entwicklungskommission geredet, in dem sie auch die Legislaturziele und die Erreichung der Legislaturziele versprochen hat. Eine Empfehlung der Entwicklungskommission war, das Entwicklungskonzept, das vor einem Jahr aus dem AFP gekippt wurde, aber eigentlich ein Legislaturziel darstellt, wieder aufzunehmen. Der Gemeindepräsident hat gesagt, dass es ungefähr zwei Jahre brauche, bis es ausgearbeitet sei und rund CHF 250'000 kosten würde. Zahlreiche Personen der Entwicklungskommission möchten dies wieder im AFP sehen d.h. mit derselben Wortwahl und Formulierung wieder in den AFP aufzunehmen und auch die CHF 250'000 wieder in den Investitionsplan. Es ist allen klar, dass eine übergeordnete städtebauliche Planung absolut sinnvoll ist, damit wir wissen, in welche Richtung sich Pratteln entwickeln wird und wir uns gewisse Vorstellungen dazu machen können. Es gibt mindesten zwei Argumente, warum man es nicht machen soll: Es ist nicht gratis und ich denke, dass die CHF 250'000 absolut gut investiert sind. Wahrscheinlich gibt es hier weniger Zustimmung als beim Piratenschiff, das ja keine Kostenfolgen hatte. „Sind wir nicht schon zu spät?“ ist die andere Frage, weil die Planungen bereits am Laufen sind. Für einige dieser Planungen sind wir mit Sicherheit zu spät, weil sie schnell kommen und teilweise schneller, als wir glauben, sodass das Konzept eine sinnvolle Sache ist. Daher bitte ich, den schriftlich vorliegenden Anträgen zuzustimmen.

*Antrag von Benedikt Schmidt*

**GR Stephan Burgunder:** Ich habe selbstverständlich mit diesem Antrag gerechnet. Auch ich hätte gerne ein städtebauliches Leitbild, was ich schon verschiedentlich betont habe. Wir haben keines und Benedikt Schmidt hat richtigerweise erwähnt, dass der eine Punkt mit grossen Schritten vorangeht. Wir haben drei grosse Gebiete, die mitten im Quartierplanverfahren stehen: Rheinlehne, Wasa und das Areal um die Zentrale herum. Diese Gebiete haben verschiedene Vorteile d.h. die Lage und das man nur einen einzigen Eigentümer hat und darum dort relativ rasch entwickeln können. Wir werden uns aber hier innen noch bei allen drei Projekten intensiv zum Thema Städtebau, Grünraum, Verkehr usw. unterhalten. Dies an konkreten Fällen und nicht an einem Leitbild oder im Sandkasten. Wir haben X Konzepte in unseren Schubladen wie Hochhauskonzept, Metronstudie, Landschaftsentwicklungskonzept, Verkehrsgutachten, Analyse zum Dorfkern.... Einige davon, wie beispielsweise die Metronstudie zur Bahnhofstrasse, sind so alt, dass man sie überarbeiten müsste. Warum ist dies so? Wir haben nie die Folgekos-

ten dieser Konzepte budgetiert. Wenn ich das Beispiel der Bahnhofstrasse nehme, müssten wir neben dem Konzept noch CHF 5 – 10 für die Realisierung ins Investitionsprogramm aufnehmen. Leider verdrängen wir in der Anfangsphase immer die Folgekosten und machen ein Konzept und so entsteht Konzept für Konzept. Erwarte ich, dass die Folgekosten eines städtebaulichen Konzeptes tatsächlich Null sind? Wir werden uns dort mit Themen wie Grün- und Freiraumplanung, Langsamverkehr und Verkehr im Allgemeinen machen und garantiert Schwachstellen aufdecken. Also müssen wir nebst den CHF 250'000 für die Folgekosten noch einen Betrag einstellen. Alles andere wäre gelogen oder das Konzept landet in den Schubladen neben den anderen Konzepten. Denkt bei der Aufnahme des städtebaulichen Konzeptes ans Investitionsprogramm mit den Folgekosten. Es soll nicht über die laufende Rechnung finanziert werden, sondern übers Investitionsprogramm. Ich halte es grundsätzlich für einen falschen Ansatz, dass wir Konzepte übers Investitionsprogramm verbuchen, denn damit betrügen wir uns nur selber. Wir schonen die laufende Rechnung, und gaukeln uns vor, es würde uns tatsächlich besser gehen, als es effektiv ist. Vielleicht ist euch bekannt, dass wir die Konzepte auch über 15 Jahre abschreiben, was bedeutet, dass die laufende Rechnung so belastet wird. Wenn ich das gesamte Investitionsprogramm Seite 82 anschau, sind es zwei Zahlen, die sehr interessieren: CHF 125 Mio. für die nächsten Jahre und CHF 200 Mio. im Long-Run. Es wird mir fast schlecht und wieso? Wenn wir es nicht über die laufenden Kosten finanzieren können, habt ihr euch schon mal gefragt, wie wir die Sachen im Investitionsprogramm finanzieren? Ganz einfach: Wir erhöhen die Verschuldung von uns, von der Gemeinde. Ich weiss nicht, wer von euch die Bilanz zwischendurch anschaut. Wir haben nicht nur eine laufende Rechnung, wir haben auch eine Bilanz. Und die Verschuldung nimmt stetig zu. Gemäss aktueller Prognose wird die Verschuldung Ende 2019 gegenüber Ende 2018 wiederum um CHF 10 Mio. zunehmen. So lange die Zinsen bei null sind oder sogar negativ, spielt die Zinsenlast eine geringe Rolle, aber wehe, wenn wir wieder bei drei oder vier Prozent sind. Ich appelliere an euch, die Verschuldung mit einem Konzept nicht weiter zu erhöhen. Mit einem Konzept alleine ist noch gar nichts gemacht und die Folgekosten müssen unbedingt berücksichtigt werden. Geld für weitere nice to have haben wir nicht. Konzepte sind laufende Kosten und sollten generell über die laufende Rechnung verbucht werden und nicht, weil wir kein Geld haben, über die Investitionsrechnung. Ich selber lasse mir auch nicht auf Pump ein neues Haus planen, wenn schon weiss, dass ich mir das neue Haus gar nicht leisten kann. Daher bitte ich euch, dem Antrag nicht zuzustimmen und auf das städtebauliche Konzept zu verzichten.

**Andreas Seiler:** Auf den ersten Blick sieht der Antrag gut aus. Wir haben aber noch einen zweiten Blick darauf geworfen und die meisten von uns sind zu einem anderen Schluss gekommen. Die wichtigsten Argumente hat GP Stephan Burgunder schon erwähnt: Wenn man ein Konzept macht, gibt es auch Folgekosten und wir stellen fest, dass wir viele Konzepte haben, die wir gar nicht umsetzen können. Eine persönliche Bemerkung von mir: Mit den Konzepten will man die Führungsverantwortung, die man als politische Behörde hat, an vermeintliche Experten abgeben und auf ein Papier verweisen, statt eine Entscheidung zu treffen. Am Schluss wird im Einwohnerrat oder der BPK sowieso über Details der Quartierpläne diskutiert. Und wenn wir das städtebauliche Konzept in Auftrag geben, ist es dann fertig, wenn die Quartierpläne auch fertig sind und es uns nichts mehr bringt. Und für etwas, das uns nichts mehr bringt, CHF 250'000 auszugeben, egal, ob es nun im Budget oder im Investitionsprogramm ist, ist uns zu viel und daher empfehlen wir, den Antrag abzulehnen. Wir wollen die politische Verantwortung, die der Gemeinderat hat und auch wir im Einwohnerrat bei der Behandlung der Quartierpläne, annehmen. Wir wissen ja ungefähr, welche Art von Überbauung wir wollen. Wir haben den Dorfkern und um den Bahnhof herum ein verdichtetes Zentrum; dies sind zwei Punkte und wenn man sich etwas mehr Zeit nimmt, wird man auch die restliche Gemeinde abdecken können und dafür braucht es keine Viertelmillion.

**Benedikt Schmidt:** Der hinter dem Konzept stehende Wunsch ist, dass man dem Konzept auch nachlebt und ich möchte es nicht für die Schublade machen. Es soll gebraucht werden. Die Metronstudie wurde seinerzeit gemacht und ging dann vergessen und vielleicht soll sie aktualisiert werden. Mit dem Landschaftskonzept wird geschafft – man kann durchaus mit einem Konzept schaffen, was auch das Ziel ist. Natürlich gibt es Folgekosten und das Konzept hilft uns, zu sagen, was wichtig ist und was zuerst gemacht werden muss. Es kann helfen, die Folgekosten, die so oder so anfallen, zu steuern und Prioritäten zu setzen und wir können besser festlegen, was wir wollen oder nicht. Ein Konzept stellt ein Stück weit ein Führungsinstrument dar und man gibt nicht die Verantwortung ab, sondern überlegt sich vorher etwas. Ein Konzept ist ein Führungsinstrument und macht spätere Entscheide einfacher und besser. Daher ist ein Konzept eine sinnvolle Sache.

**Mauro Pavan:** Ich kann den Erläuterungen von GP Stephan Burgunder zum dritten Punkt dieses Antrages folgen. Von mir aus kann man dies auch über die laufende Rechnung finanzieren. Nicht nachvollziehen kann ich, dass man mit einem Konzept Mängel entdecken kann, die dann einen Handlungsbedarf nach sich ziehen und es darum nicht gemacht werden soll. Es kann doch nicht sein; dass wir die Augen verschliessen und nicht handeln, weil wir dafür gesorgt haben, dass wir nicht gemerkt haben, dass wir handeln müssten.

**Patrick Weisskopf:** Auch ich werde diesem Antrag zustimmen. Für mich sind schubladierte Konzepte das Dummste, was man haben kann. Konzepte, die helfen, etwas neu zu strukturieren sind wertvoll. Gerade jetzt hat Pratteln eine Chance, die Sachen zusammenzutragen, was sehr hilfreich ist. Wenn man die Gemeinde heute im GIS anschaut, sieht man einen Flickenteppich vieler Quartierpläne. Jeder Quartierplan stellt eine individuelle Anpassung für eine Sondernutzung dar. Davon profitiert hauptsächlich der Investor und die Allgemeinheit hat wenig davon. Gerade mit einem städtebaulichen Konzept kann man dieser Entwicklung etwas entgegenwirken und wirklich sehen, was wann wo benötigt wird und man kann Fehlinvestitionen oder gar keine Investitionen verhindern. Bei einem solchen Konzept ist auch wichtig, dass man sieht, wenn man die Strasse schon aufreisst, was man alles gleichzeitig ersetzen kann. Man reisst die Strasse nur einmal auf und baut alles gleichzeitig, was nötig ist. Mit einem Konzept weiss man, was wann kommt und sieht Vieles im Voraus. Ein richtiges Konzept zum richtigen Zeitpunkt kann sehr viel bringen.

**GP Stephan Burgunder:** Dass wir die Augen verschliessen, habe ich nicht gemeint, aber die Folge wäre, dass wir die Folgekosten tatsächlich ins Budget einstellen. Ich habe diverse städtebauliche Leitbilder studiert und auch ganz spannende gefunden. In einem steht: „Gestützt auf städtebauliche Analysen und Grundlagen sollen mittelfristig Teilleitbilder mit konkreten Vorstellungen für einzelne Quartiere erarbeitet werden“. Am Schluss machen wir einen grossen Bogen darüber und gehen wieder in die einzelnen Quartiere. So sind wir sehr lange am Planen und bis dann ist Pratteln vielleicht verplant. Ich glaube, ein städtebauliches Leitbild wäre etwas Sinnvolles, wenn wir es heute hätten, aber wir haben es nicht. Und als letztes das Thema Ressourcen. Damit sind meine eigenen Ressourcen gemeint. Ich habe seit den Herbstferien zwischen 40 und 60 Stunden pro Woche für ein 50%-Pensum gearbeitet und aufs Christmas-Tattoo mit den Nachtfaltern verzichtet und heute habe ich einen der 12.5 Freitage, die ich von der Bank habe, geopfert, für die Jurierung Salina-Raurica und heute bin ich in den Ferien. Ich selber bin an meine Kapazitätsgrenze gelangt und ich kann so etwas nicht begleiten. Wenn so etwas ohne mich geht, ist das in Ordnung und sonst muss man mir helfen zu Priorisieren – ich nehme gerne Hilfe an – oder man muss über das Pensum diskutieren.

Abstimmung über den Antrag von Benedikt Schmidt (Entwicklungskommission)

Auf Antrag der Entwicklungskommission, Benedikt Schmidt, Hasan Kanber, Simone Schaub, Thomas Sollberger, Sylvie Anderrüti und Fabian Thomi, beschliesst der Rat mit 14 Ja zu 14 Nein bei 7 Enthaltungen mit Präsidialentscheid:

://: 1. Im Investitionsprogramm sind CHF 250'000 für ein städtebauliches Entwicklungskonzept aufzunehmen (im Jahr 2019).

Auf Antrag der Entwicklungskommission, Benedikt Schmidt, Hasan Kanber, Simone Schaub, Thomas Sollberger, Sylvie Anderrüti und Fabian Thomi, beschliesst der Rat mit 15 Ja zu 13 Nein bei 7 Enthaltungen:

://: 2. Im AFP ist im AF 19 neu das Ziel „Die städtebauliche Entwicklung ist geklärt“ aufzunehmen.

Auf Antrag der Entwicklungskommission, Benedikt Schmidt, Hasan Kanber, Simone Schaub, Thomas Sollberger, Sylvie Anderrüti und Fabian Thomi, beschliesst der Rat mit 17 Ja zu 15 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: 3. Im AFP ist im AF 19 neu der Plan „Städtebauliches Entwicklungskonzept bis 2020“ aufzunehmen.

Fortsetzung der Lesung

**Aufgabenfeld 20      Wirtschaft**

Keine Wortmeldungen

**Aufgabenfeld 21      Steuern**

**Christoph Pfirter:** GP Burgunder hat vorhin schon einige Sachen gesagt, die ich auch sagen oder zum Nachdenken anregen wollte. Wenn ich die Steuereinnahmen der natürlichen Personen anschau, haben wir rund CHF1.6 Mio. mehr und wir haben relativ viel neuen Wohnraum in der Gemeinde erhalten und neue Einwohner von rund 1'000 – 1'200 Personen. Bei den juristischen Personen haben wir ein Minus von CHF 2.4 Mio. Wir laufen also Richtung Minus und haben Investitionen von rund CHF 120 Mio. vor. Mir macht Angst, wenn es so weitergeht. Ich bin absolut kein Schwarzmal, aber wir haben so viel vor, und daher muss man aufpassen. Es gibt ein einfaches Sprichwort „Bevor Du grösser wirst, musst Du besser werden“. Wir haben noch viel Potential zum besser werden; ich habe es schon einmal gesagt hierin. Es ist ein Aufruf an den Gemeinderat „Passt auf“ und auch ein Aufruf ans Parlament, dass wir mit unseren Wünschen, die schön sind und von denen wir auch teilweise profitieren, etwas bremsen. Da ist schon Geld zum Ausgeben geplant, das wir noch gar nicht haben. Wir haben es nur, wenn wir dann auch so viele Einwohner sind und diese Firmen auch bei uns haben. Dann haben wir auch die Einnahmen, aber wir verplanen es schon jetzt. Ich erwarte keine Antwort vom Gemeinderat, hoffe aber, dass aller hierin etwas von meiner Stellungnahme mitnehmen und darüber nachdenken.

Fortsetzung der Lesung

**Aufgabenfeld 22      Finanz- und Lastenausgleich**

**Aufgabenfeld 23      Vermögens- und Schuldenverwaltung**

Keine Wortmeldungen

## Schlussabstimmung

### **1. Genehmigung Investitionsrechnung 2019**

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

://: Die Investitionsrechnung wird mit Änderungen genehmigt.

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen werden die Ausgaben bis CHF 1'000'000.00 sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.00 je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

### **2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2019**

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen wird auf 58.5% des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert).

://: 2.2 Die Ertragssteuer für juristische Personen wird auf 4.95% des steuerbaren Ertrages festgesetzt (unverändert).

://: 2.3 Die Kapitalsteuer juristischer Personen wird auf 2.75‰ festgesetzt (unverändert).

### **3. Feuerwehrpflichtersatz**

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

://: Feuerwehrpflichtersatz: 10% des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

### **4. Wasserbezugsgebühren**

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20% gewährt (unverändert).

### **5. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut-, Container- und Grünutgebühren**

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 7.7%) unverändert

- a) Gebührensäcke nach Volumen
- |                          |     |      |
|--------------------------|-----|------|
| 17 Liter, maximal 3 kg   | CHF | 0.80 |
| 35 Liter, maximal 6 kg   | CHF | 1.60 |
| 60 Liter, maximal 12 kg  | CHF | 3.20 |
| 110 Liter, maximal 18 kg | CHF | 4.80 |
- b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht  
(Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)  
pro 6 kg 1 Gebührenmarke CHF 1.60
- c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht
- |               |     |       |
|---------------|-----|-------|
| pro Leerung   | CHF | 10.00 |
| pro Kilogramm | CHF | 0.216 |
- d) Häckseldienst
- |                            |     |                 |
|----------------------------|-----|-----------------|
| Grundgebühr bis 5 Minuten  | CHF | 25.00           |
| Grundgebühr bis 10 Minuten | CHF | 50.00           |
| ab 11. Minute              | CHF | 4.00 pro Minute |
- e) Container für Grüngut
- |                         |     |        |
|-------------------------|-----|--------|
| bis 140 Liter-Container | CHF | 76.00  |
| bis 240 Liter-Container | CHF | 146.00 |
| bis 770 Liter-Container | CHF | 446.00 |

## **6. Teuerungsausgleich**

Der Rat beschliesst mit 33 Ja zu 2 Nein:

://: Es wird eine Teuerungszulage für das Gemeindepersonal von 1% gewährt. Dies entspricht der Gesamtsumme von rund CHF 140'000.

Der Landratsbeschluss Nr. 2396 vom 12. Dezember 2018 bezüglich Gewährung eines Teuerungsausgleichs von 1.4% wird zur Kenntnis genommen. Dies entspricht einem zusätzlichen Personalaufwand von CHF 235'000.

## **7. Genehmigung Budget 2019**

Der Rat beschliesst mit 33 Ja zu 2 Nein:

://: Das Budget für das Jahr 2019 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 714'200.00 genehmigt.

## **8. Kenntnisnahme Finanzpläne**

Die im Aufgaben- und Finanzplan 2019 – 2023 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

---



## Geschäft Nr. 3130

## Aufhebung der Reglemente über den Asyl-, Parkplatz- und Jörinparkfonds

### Aktenhinweis

- Antrag vom 13. November 2018

### Das Büro schlägt vor, auf die 2. Lesung zu verzichten.

**GR Christine Gogel:** Es geht um die Aufhebung dieser drei Fonds, die seit einigen Jahren brach liegen und nicht mehr geöffnet werden. In der Vorlage ist alles gut erläutert; bei der Aufhebung handelt es sich um eine reine Formsache.

### Eintreten

**Benedikt Schmidt:** Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen kann dieser Aufhebung zustimmen. Wir haben gesehen, dass der Jörinparkfonds unter anderem dazu da ist, den Sonnenvogel zu reparieren, falls es notwendig wäre. Wir würden uns freuen, wenn der Vogel noch lange im Park stehen bleibt.

**Kurt Lanz:** Die SP-Fraktion kann dem Antrag auf Aufhebung ebenfalls zustimmen. Wir konnten der Vorlage entnehmen, dass die Fonds kein Geld mehr enthalten. Der Sonnenvogel im Jörinpark wird vom Werkhof unterhalten und aus der laufenden Kasse der Gemeinde bezahlt. So denken wir, dass es den Fonds nicht mehr braucht und falls irgendwer eine neue Idee hat, wären wir bereit, wieder einen solchen Spezialfonds zu erreichen, damit für das Geld, das jemand in ein Projekt einschiessen will, klare Regeln gelten.

### Eintreten ist nicht bestritten und es folgt die Direktberatung. Es gibt keine Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung.

Der Rat beschliesst mit 31 Ja zu 2 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: 1. Dem Antrag des Büros auf Verzicht auf die 2. Lesung wird zugestimmt.

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

://: 2. Das Reglement über den Asylfonds vom 26. November 2001 wird gemäss Änderungserlass aufgehoben.

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

://: 3. Das Reglement über den Parkplatzfonds vom 9. Dezember 2002 wird gemäss Änderungserlass mit der Ergänzung ab sofort aufgehoben.

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

://: 4. Das Reglement über den Jörinparkfonds vom 28. April 2003 wird gemäss Änderungserlass aufgehoben.

Die Beschlüsse 2 bis 4 unterliegen dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 21. Januar 2019.

---

## **Geschäft Nr. 3128**

## **Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Kreuzung Gehrenacker-Mühleweg“**

### Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Kreuzung Gehrenacker-Mühleweg“ vom 29. September 2018

**GR Urs Hess:** Frage 1: *Wieso wurde dort ein Parkplatz hinzugefügt?* Mit der Umsetzung von Tempo 30 wurde beschlossen, Parkfelder als geschwindigkeits-reduzierende Massnahme einzusetzen. In diesem Gebiet gibt es relativ wenige Parkplätze und man ist hier froh um jeden Parkplatz. Frage 2: *Wieso wurde auf Kosten eines einigermaßen sicheren Zugangs die Bauminsel vergrössert und so der Durchgang der Passanten auf dem Trottoir verriegelt?* Auf dieser Seite, wo der Parkplatz und die Bauminsel sind, gibt es kein Trottoir, weil man die Leute auf die andere Strassenseite lenken möchte, wo nicht so viele Parkplätze und Zufahrten zu Privatliegenschaften vorhanden sind.

Frage 3: *Wieso wurden bis anhin noch nichts unternommen, obwohl dies im Schreiben vom 10. Februar 2015 an Frau Vögtlin versprochen wurde?* Die Aussage stimmt so nicht; es wurden in Absprache mit der kantonalen Fachstelle verschiedene Massnahmen vorgenommen: So wurde der Parkplatz verschmälert, der Anfang des Fussgängerstreifens weiter in den Kreuzungsbereich verschoben und mit einer Sperrfläche der Warteraum für Fussgänger festgelegt. Weiter hat man einen Poller entfernt, um die Ausfahrt aus dem Parkplatz zu verbessern. Man hat auch überprüft, ob eine Ausfahrt aus dem Parkplatz möglich ist und dies kann ich bejahen. Frage 4: *Würde wegen einer Verkleinerung der Insel die Wurzeln des Baumes beschädigt werden?* Ja, davon gehen wir aus. Wenn ein Baum zu wenig Wurzelraum hat, lebt er nicht so lange und nicht so gesund. Man hat die Kreuzung mehrmals überprüft. Der komplette Kreuzungsbereich wurde im Rahmen der kürzlich durchgeführten Schulwegsicherheitsüberprüfung durch VCS und bfu beurteilt und als sicher eingestuft. Zudem wurden keine Sicherheitsmängel bei der Befragung der Schüler, Eltern und Lehrerschaft betreffs dieser Kreuzung gemeldet. In einem weiteren Schritt wurde auch dieser Fussgängerstreifen im Rahmen von Road-Safty überprüft und es wurden keinerlei Reklamationen abgegeben und alles als mangelfrei beurteilt. Es wurden also drei verschiedene Meinungen eingeholt und alle drei kamen zu demselben Schluss. Die Fussgängerquerung ist also problemlos, sicher und am richtigen Ort.

Frage 5: *Kann oder will man das Parkfeld überhaupt wieder entfernen und die Bauminsel wieder verkleinern?* Das Parkfeld soll nicht entfernt werden, da die Überprüfungen keinerlei Sicherheitsmängel aufgezeigt haben.

//: Der Rat stimmt dem Antrag von Tobias Henzen auf Diskussion einstimmig zu.

**Tobias Henzen:** Erstens: Dass es kein Durchgang ist, habe ich persönlich nicht herausgefunden und dass man nur auf einer Seite durchgehen kann, hat mir noch niemand gesagt. Ich habe schon viele Leute auf der linken Seite laufen gesehen. Zweitens: Da war einmal ein Durchgang für Fussgänger und für mich war der eindeutig sicherer. Ich sehe es bei mir, versperrt ein parkiertes Auto die Sicht, habe ich kaum die Möglichkeit, nicht auf die Strasse zu gehen. Ich sehe kommende Autos nicht bzw. diese sehen mich erst, wenn ich auf der Strasse bin. Drittens: Wegen des Parkfeldes wird das Tempo nicht reduziert und die Tempo-30-Zone wird meistens nicht beachtet. Da müsste man noch einmal über die Bücher und es weiter anschauen.

---

**GR Urs Hess:** Zu Tempo-30, dass nicht beachtet wird: Eine Überprüfung hat stattgefunden und man belies die Tempo-30-Zone, hat aber die Parkraumbewirtschaftung leicht geändert. 2019 wird die Einmündung Oberemattstrasse – Mühleweg so verändert, dass man nicht mehr geradeaus in den Mühleweg fahren kann, sondern um die Ecke fahren muss. Dies ist eine Auflage, die wir erfüllen müssen und damit wird das Tempo dort reduziert. Bei jetzigen Messungen in diesem Bereich des Fussgängerstreifens waren die Geschwindigkeiten nicht zu hoch d.h. bis zum Fussgängerstreifen wurde die Geschwindigkeiten eingehalten. Zur Sichtweite: Ab 60 cm über dem Boden wird kontrolliert, ob die Sichtweite vorhanden ist. Es wurde alles eingehalten und wenn Leute auf der anderen Seite ohne Fussgängerlängsstreifen laufen – es darf jeder auf der Strasse laufen, wo er will und dies ist seine persönliche Angelegenheit. Es wurden extra auf der anderen Seite Längsstreifen angebracht, weil die Fussgänger dort laufen sollen und nicht auf der Seite, wo sehr viele private Ausfahrten sind. Dort ist die Sicherheit für die Fussgänger geringer.

**Tobias Henzen:** Es kann schon sein, dass Tempo-30 eingehalten wird in dem Moment, wo dies überprüft wird. Dies macht ja schnell die Runde. Ich betrachte es nicht als eine zuverlässige Information.

Die Interpellation Nr. 3128 ist beantwortet.

---

## **Geschäft Nr. 3129**

## **Postulat der BDP Pratteln, Marc Oliver Bürgi, betreffend „Aussichtsplattform Emanuel Büchel“**

### Aktenhinweis

- Postulat der BDP Pratteln, Marc Oliver Bürgi, betreffend „Aussichtsplattform Emanuel Büchel“ vom 24. Oktober 2018

**GR Stefan Löw:** Wie der Postulant erwähnt, handelt es sich um ein Projekt des VVP und der Kulturkommission Pratteln, die es ausgearbeitet und umgesetzt haben. Es ist eine gute und beliebte Art, Pratteln kennenzulernen, was der Gemeinderat in keiner Weise abstreitet. Das Land, auf das das Postulat Bezug nimmt, gehört der Bürgergemeinde und liegt in deren Hoheit. Darum möchte der Gemeinderat das Postulat nicht entgegennehmen und wer es schlussendlich betreut, ergibt sich aus den Landbesitzern.

**Marc Bürgi (Postulant):** Selbstverständlich ist mir bewusst, dass der Wald im Besitz der Bürgergemeinde ist. Wenn man heute schaut, was durch Zusammenarbeit der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde und in einigen Fällen mit dem VVP möglich ist, zeigt die wunderschöne Weihnachtsbeleuchtung in Pratteln, die früher von Stephan Burgunder, initiiert wurde. In Zusammenarbeit haben die Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde mit dem VVP etwas Schönes realisiert. Dass die Einwohnergemeinde bzw. der Gemeinderat nicht alleine über dieses Stück Wald verfügen kann, bin ich mir bewusst. Der Emanuel-Büchel-Weg ist ein Weg, um Pratteln besser kennenzulernen. Wir haben auf dem Grillplatz viele Bänke und Tische, an denen man verweilen kann, aber kein Verweilort gibt dort das Panorama von Pratteln wieder. Entweder schaut man auf den Tisch oder den Grill oder den Wald. Selbstverständlich ist dies nicht ein Soll; es handelt sich ja um ein Postulat, also ein Prüfen und Berichten. Ich bitte den Gemeinderat, darüber nachzudenken, ob dies ein Thema wäre, um mit der Bürgergemeinde gemeinsam zu schauen, was man dort oben bezüglich eines Ortes zum Verweilen, Sitzen und Geniessen des Panoramas von Pratteln machen kann. Und vielleicht kann man das jetzt Vorhandene noch etwas schöner und attraktiver gestalten. Ich fordere den Gemeinderat auf, darüber nachzudenken und mit der Bürgergemeinde Kontakt aufzunehmen.

Falls das Interesse da ist, kann man weitermachen und wenn das Interesse nicht da ist, ist es ein Projekt, das nicht gewünscht ist. Das Gespräch schon jetzt zu verweigern, fände ich schade und darum bitte ich den Einwohnerrat, dieses Postulat zu überweisen. Dann kann der Gemeinderat zusammen mit der Bürgergemeinde schauen, ob man dort oben etwas realisieren kann. Ich selbe werde Pratteln dort oben auch stehend geniessen können, aber im Sommer dort einen Ort zum Verweilen zu haben, fände ich persönlich sehr schön.

**Benedikt Schmidt:** Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat das Postulat relativ lange diskutiert und ist zum Schluss gekommen, es nicht zu unterstützen. Es ist Land der Bürgergemeinde und die Bürgergemeinde müsste es machen. Momentan ist es eine Zone für öffentliche Werke und Anlagen, ist aber eigentlich Wald und ich sehe nicht ein, weshalb man dort im Wald etwas allzu grosses mit Rasen und Platten aufbauen sollte. Wenn man nur eine Bank aufstellen will, ist dies in Ordnung, aber eine allzu grosse Anlage sehe ich nicht, auch wenn die Aussicht dort sehr schön ist. Die Aussicht ist sehr temporär. Wenn man in die Weite schaut, sieht man weit und wird der Blick gesenkt, sieht man, dass der Förster gerade vorne viele Bäume gepflanzt hat und es nicht mehr lange geht, und bis man nicht mehr in die Weite sieht. Allzu viele Aussichtsbänke bringen an diesem Ort nichts.

**Kurt Lanz:** Ich begrüsse, wenn der Gemeinderat mit der Bürgergemeinde Kontakt aufnimmt, das Ganze bespricht, weil ich davon ausgehe, dass die Bürgergemeinde nicht wirklich etwas über die Ideen von Marc Bürgi weiss. Der Gemeinderat kann uns dann ja relativ schnell informieren, ob sich dort etwas machen lässt, ob die Bürgergemeinde etwas macht oder die Einwohnergemeinde, aber einfach sagen, dass man das Postulat nicht entgegennehmen will, ist auch mir zu wenig. Ich bitte sie daher, das Postulat zu überweisen, damit der Gemeinderat dazu Stellung nehmen kann. Weiter sind die Kontakte zwischen Bürgerrat und Gemeinderat ziemlich gut und daher sollte es keine grosse Sache sein, dies miteinander zu besprechen und dann den Gemeinderat berichten lassen, was herausgekommen ist.

**Stephan Ebert:** Wir von der SVP-Fraktion haben dies ebenfalls angeschaut. Einerseits nennen wir uns Kulturgemeinde und das Wirken von Emanuel Büchel war sicher nicht unerheblich. Im Jahr 1735 hat er diese sieben Prattler Ansichten gezeichnet und er war auch in der Botanik verwurzelt – also mit allem, was sich dort oben findet. Generell könnte man sich überlegen, dass der Gemeinderat prüft und berichtet, ob sich dort etwas machen lässt. Im Grossen und Ganzen ist jedoch zu sagen, dass die Bürgergemeinde zuständig ist. Es ist auch richtig, wenn Benedikt Schmidt darauf hinweist, dass wir den Wald berühren, dass wir die Landschaft berühren. Vielleicht gibt es noch andere Möglichkeiten, den Ort dort oben zu geniessen, als mit einer Bank die Leute noch dorthin zu führen. Die SVP-Fraktion sieht dies sicher als nette Geste an. Einerseits könnte man sagen, „der Gemeinderat berichtet“, andererseits ist es Angelegenheit der Bürgergemeinde. Wir möchten hören, was der Gemeinderat sagt und sind für Überweisung.

**Paul Dalcher:** Auch die Freisinnige Fraktion hat dies gut angeschaut und wir kommen zu einer anderen Stossrichtung. Wir wissen, dass dies die Hoheit der Bürgergemeinde ist und nur beschränkte Mittel vorhanden sind. Es wird vorgeschlagen, dort Bänke zum Ausruhen zu platzieren; es handelt sich also um eine statische Lösung. Wir Freisinnige sind für eine dynamische Lösung und bringen eine sehr digitale Idee. Wie wäre es, wenn die entsprechenden Gruppierungen, Trägerschaften einen Audio-Guide auf App-Basis errichten würden? Man kann von den Stationen beispielsweise 1 – 8 hören, was zu sehen ist, was vor 30 Jahren dort war, was sich wie entwickelt hat, wie der Zustand heute ist und vielleicht gibt es noch einen Ausblick in die Zukunft. Ziel ist, die Entwicklung vom Bauerndorf zur Industriegemeinde zu zeigen. Dies ist unser Vorschlag an die Trägerschaften, etwas moderner zu werden mit einem Audio-Guide auf App-Basis; dies könnte die Lösung sein und diese ist erst noch vor Vandalen geschützt, was Bänke nicht sind.

**GR Stefan Löw:** Der Gemeinderat möchte es den Initianten wieder in die Verantwortung zurückgeben und nicht einfach eine vermittelnde Rolle spielen. Es sind die Bürgergemeinde, der VVP und Kultur Pratteln, die dies ins Leben gerufen haben. Es sind drei Institutionen, die durchaus imstande sind, eine Beurteilung vorzunehmen und es ist nicht nötig, dass die Gemeinde noch zusätzlich eine verbindende oder beratende Funktion übernimmt. Wir haben mit der Bürgergemeinde eine Abgeltungsvereinbarung zu vielen Sachen, die uns die Bürgergemeinde zur Verfügung stellt und die wir mit einer gewissen Summe abgelden. In diesem Fall sind wir klar der Meinung, dass wir nicht nur eine vermittelnde Rolle übernehmen wollen und bitten sie, nicht zuzustimmen.

**Marc Bürgi:** Ich danke den wohlwollenden Stimmen zu meinem Postulat und auch die Weiterentwicklung von Paul Dalcher nehme ich wohlwollend entgegen. Ich denke nicht an eine 10 oder 100m lange Stützmauer, bis man eine Plattform baut, auf der man eine halbe Schulklasse unterbringen kann. Es soll etwas kleines, feines und naturgerechtes entstehen, das dort oben passt. Mein Wunsch ist, dies mit der Bürgergemeinde zusammen anzuschauen und darum bitte ich um Überweisung des Postulates. Das mit der App nehme ich gerne in den VVP mit; wir haben sehr gute Erfahrung mit der Schnitzeljagd-App gemacht und das eine Tun und das Andere nicht lassen ist unser Motto. Ich würde mich über eine Überweisung freuen und danke für die Aufmerksamkeit.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 19 Nein zu 10 Ja bei 6 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3129 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

---

## Fragestunde

### Frage 1

### „Der Chuenimatt-Deal“ (Mauro Pavan, SP-Fraktion)

**GP Stephan Burgunder:** Als erstes ist festzuhalten, dass es sich um ein Geschäft des Kantons BL handelt und ich selber diverse Informationen von Investoren hatte. Gerade in einem laufenden Verfahren sind das Amtsgeheimnis und Steuergeheimnis von Bedeutung und da müssen sich der Kanton und auch ich daran halten, und weil ich „nur“ Gemeindepräsident von Pratteln bin, darf ich „leider“ nicht alles erfahren.

Frage 1: Seit wann weiss der Gemeinderat vom Plan, die Wirtschaftskammer BL in Pratteln anzusiedeln? Ende 2016, vor rund 2 Jahren, kaum im Amt, habe ich erfahren, dass der Kt. BL im Jahr 2014 das Areal auf April 2015 gekündigt hat. Weil die Existenz der Firma damit gefährdet war, konnte man mit einer gerichtlichen Verfügung erwirken, dass der Betrieb noch bis 30.9.2018 aufrechterhalten werden konnte. Zwischenzeitlich, und das konnten alle lesen, hat der Kt. BL das Grundstück ausgeschrieben. Anfangs 2017 habe ich dann gehört, dass mehrere Interessenten für das Grundstück vorhanden sind. Beim Zuschlag ging es anscheinend nicht ausschliesslich um den Preis, sondern auch darum, wer das beste Gesamtkonzept präsentierte. Im Juli 2017 habe ich auch gelesen, dass der Regierungsrat entschieden hat und die mir bis anhin unbekannt Firma Bricks den Zuschlag erhalten hat. Ebenfalls erfahren habe ich, dass mehrere Firmen Interesse haben, sich in dem neuen Gebiet niederzulassen. Dies hat mich sehr gefreut und aufgrund des Amtsgeheimnisses weiss ich bis heute nicht, wer diese Interessenten sind. Weil ich aber mit dem bisherigen Nutzer in Kontakt war, habe ich erfahren, dass sowohl er als auch die Wirtschaftskammer Interesse haben, allenfalls in dieses Gebäude umzu-

ziehen. Dies war ca. Mitte 2017. Frage 2: *Entgehen der Gemeinde Steuer-Einnahmen durch diese nicht gewerbliche Nutzung? Wie viele?* Gemäss Medienmitteilung ist bei diesem Projekt die Rede von 20'000 – 30'000 m<sup>2</sup> Bürogeschossfläche oder bis zu 750 Arbeitsplätzen. Die Wirtschaftskammer verfügt über 70 Arbeitsplätze, also knapp 10%. Ob so von einem Ankermieter die Rede sein kann, muss jeder selber beurteilen. Mit dem Wechsel der Wirtschaftskammer von Liestal nach Pratteln entgehen uns aber keine Steuereinnahmen. Erstens haben wir auf dem aktuellen Areal keine Steuereinnahmen mehr, folglich können uns auch keine verloren gehen, und zweitens gehe ich davon aus, dass die Wirtschaftskammer nicht steuerbefreit ist und darum in Pratteln Steuern zahlt wie jede andere Unternehmung auch, und drittens ist statistisch belegt, dass mehr als die Hälfte aller Firmen in der Schweiz keine Gewinnsteuer zahlen. Auch bei Neuansiedlungen, insbesondere im Bereich der Startups, ist zu Beginn nicht mit grossen Steuereinnahmen zu rechnen. Vielmehr müssen für gute Steuerzahler viele Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zählen Lage, Infrastruktur, Erschliessung, Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal oder nicht zuletzt auch die Steuern. Der Konkurrenzkampf im gewerblichen Bereich ist zurzeit sehr sehr gross und die Leerstandsquote wird noch zunehmen. Life Science wollen wir alle, aber schlussendlich braucht es wahrscheinlich eine Portion Glück, dass wir die „richtigen“ Firmen in Pratteln ansiedeln. Wenn ich von den 750 geplanten Arbeitsplätzen 70 für die Wirtschaftskammer abziehe, bleiben noch 680 Arbeitsplätze oder 90% für weitere Nutzungen und zusätzliche Steuereinnahmen.

Frage 3: *Wie steht der GR dazu, dass ein alteingesessenes Familienunternehmen wegen des Entscheids des Kantons umziehen musste?* Das Familienunternehmen hat dem Kt. BL das Land verkauft und wenn ich etwas verkaufe, kann ich daraus keinen Anspruch mehr geltend machen. Immerhin hat der Kt. eine Übergangsfrist von vier Jahren gewährt und die Unternehmung konnte bleiben. Ich bin sehr froh, dass Herrmann Alexander Beyeler der Familienunternehmung für die nächsten Jahre eine neue Bleibe angeboten hat. Wie wir aber alle wissen, wird in diesem Gebiet eine weitere Entwicklung stattfinden und das Unternehmen tut gut daran, sich schon heute Gedanken zu machen, wie die Situation in fünf Jahren aussehen soll und das sowohl in der Endnutzung als auch in der Bauphase.

Die Frage ist beantwortet.

---

**Geschäfts Nrn. 3132 – 3136, 3141 und 3146 nicht behandelt.**

---

**Andreas Seiler** hat heute Geburtstag und der Einwohnerratspräsident gratuliert im Namen des Einwohnerrates.

Die Sitzung wird um 21:30 Uhr beendet.

Pratteln, 11. Januar 2019

Für die Richtigkeit

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident                      Das Einwohnerratssekretariat

Hasan Kanber                      Joachim Maass